

EUROPA-PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ
EUROPEAN PARLIAMENT

PARLAMENTO EUROPEO
PARLEMENT EUROPEEN
PARLAMENTO EUROPEO

EUROPEES PARLEMENT
PARLAMENTO EUROPEU
EUROOPAN PARLAMENTTI
EUROPAPARLAMENTET



Christa Randzio-Plath
Mitglied des Europäischen Parlaments

**Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Perspektiven in Hamburg vor dem
Hintergrund der EU-Osterweiterung**

Patriotische Gesellschaft Hamburg, 18.00 Uhr

Dienstag, 29. April 2003

Die Erweiterung der Europäischen Union kann den Hamburger Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt positiv befruchten. Schließlich hat der Heimatmarkt Europa, der größte Binnenmarkt der Welt, positive Effekte auf Aufträge und Beschäftigung. Es hapert allerdings bei Investitionen und Binnennachfrage. Hier bedarf es neuer Initiativen – auch auf europäischer Ebene. Dort muss durch Politikkoordinierung Mehrwert organisiert werden. Außenhandel und Dienstleistungssektor, aber auch die geographische Lage und weichen Standortfaktoren tragen dazu bei, dass Hamburg das Zusammenwachsen Europas nützt. Die am 16. April 2003 in Athen unterzeichnete EU-Erweiterung und die wachsende Bedeutung des Ostseeraums verbessern die strategische Lage Hamburgs. Die neuen Beitrittsländer sind bereits heute wichtige Handelspartner für Hamburg. Hamburg nützen z.B. die europäischen Projekte „Seabird“ und „Balticum“ im Rahmen des Programms Interreg III B, das die Entwicklung des Ostseeraums vorantreiben soll. Mehr als 50% der Ein- und Ausfahrten Hamburgs betreffen EU-Länder. Schon heute ist Hamburg Hauptumschlagsplatz für den Handel mit Mittel- und Osteuropa. Der Hamburger Hafen ist der zweitgrößte Containerhafen Europas - der sechstgrößte der Welt - und Europas größter Bahncontainerumschlagplatz. Er ist vor allem als Transithafen für Skandinavien, Mittel- und Osteuropa von Bedeutung. Ein Großteil der Hamburger Unternehmen erwarten, dass die Osterweiterung ihre Zukunft positiv beeinflussen wird. Aber auch als Verkehrs-, Wissens- und Kulturraum bietet der erweiterte Zukunftsraum Ostsee für Hamburg neue Chancen, wie z.B. die Zusammenarbeit der Hafenstandorte, das Luftverkehrsprojekt „Seabird“, Universitätsaustausche und Städtepartnerschaften zeigen.

EU-Projekte sind nützlich. Europa ist in Hamburg zu Hause, nicht nur im Hafen oder der Industrie. Hamburg braucht europäische Mittel, um Innovation anzustoßen. In den vergangenen Jahrzehnten flossen mehr als Hunderte von Milliarden Euro in Qualifizierungsmaßnahmen nach Hamburg. Hamburg hat den Strukturwandel angenommen, muss ihn aber auch gestalten. Dabei hilft die EU. 2002 flossen fast 50 Mio. Euro an Fördermitteln nach Hamburg. Weitere 100 Mio. Euro werden folgen. Und das ist richtig so. Auch in Zeiten der Erweiterung. Die EU-Programme müssen sich zu Recht auf die ärmsten Regionen konzentrieren. Wir brauchen aber auch Auswege aus der Beschäftigungsdramatik z.B. in den Großstädten. Es ist wichtig, Barrierefreiheit für den Zugang zu Jobs auch in den sozialen Brennpunkten von

Großstädten zu organisieren. Das Hartz-Konzept der Bundesregierung wie die Initiativen der viel gelobten Regierungen Dänemarks, der Niederlande oder Irlands haben da Grenzen aufgezeigt. Es lohnt sich, in Menschen zu investieren, die Europas kostbarster „Rohstoff“ sind. Weiterbildung und Qualifizierung haben Priorität. Die europäischen Beschäftigungsleitlinien setzen zu Recht auf die Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsinvestitionen, auf die Integration der Frauen in das Erwerbsleben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Förderung von Existenzgründungen und Unternehmergeist. Von daher sollte Hamburg wie andere Länder auf EU-Engagements setzen. Ziel-2-Programme der EU könnten Hamburg nützen.

Qualifizierung muss heute auch grenzüberschreitend gesehen werden. Von daher wäre es gut, wenn die kundigen und versierten Hamburger Einrichtungen mit Trägern in Mittel- und Osteuropa noch stärker zusammenarbeiten würden als bisher. Allerdings werden Kooperationsformen Finanzierungsmodelle für die Zukunft kaum ersetzen können. Dennoch werden die hervorragenden Hamburger Kenntnisse und Erfahrungen in den MOE-Ländern gebraucht.

Die Zukunft von Arbeit liegt nicht in Mittel- und Osteuropa. Die neuen Beitrittsstaaten bleiben ein kleiner Teil der Union. Lohn- und Sozialdumping sind nicht zu befürchten, weil EU-Standards einbezogen werden und gelten. Auch der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind Grenzen gesetzt – bis zu sieben Jahren nach Beitritt dauern die Übergangsfristen. In Zeiten der Globalisierung ist es vernünftig, auf den Ordnungsrahmen regionaler Wirtschafts- und Sozialpolitik zu setzen. Dennoch muss es mehr Initiativen geben – für mehr kleine und mittlere Betriebe, besseren Zugang zu Risikokapital. Fast 70% der Arbeitsplätze in der EU und in Hamburg hängen an KMU.

Wichtig sind Kooperationen und Netzwerke - zwischen Kammern und Unternehmen und Trägern von Qualifizierung, aber auch dem Verbund der Zivilgesellschaft. Europa ist schließlich nicht nur ein Binnenmarkt, sondern hat eine politische Perspektive.